

Nach Sofia erledigt?

Autor(en): **Ott, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zoom : Zeitschrift für Film**

Band (Jahr): **38 (1986)**

Heft 2

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-931317>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hans Ott

Nach Sofia erledigt?

Die kirchlichen Hilfswerke «Brot für Brüder» und «Fastenopfer» können dieses Jahr auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken: Zeit nicht nur zum Feiern, sondern auch zur Besinnung, eventuell sogar der Neuorientierung. Im Bereich der Medien-Entwicklungszusammenarbeit, wo die Hilfswerke in mancher Beziehung Pionierarbeit geleistet haben, stehen jedenfalls neue Überlegungen im Mittelpunkt. Ausgelöst wurden sie nicht zuletzt durch die Idee einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung und deren Behandlung in der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen (UNESCO). Den Kirchen im allgemeinen und ihren Hilfswerken im speziellen ist ein Auftrag im Dienste eines weniger einseitigen, gerechteren Kommunikationsflusses erwachsen.

Der grosse Streit blieb aus: Die 23. Generalkonferenz der 160 UNESCO-Mitgliedstaaten vom vergangenen Herbst in Sofia verlief ungewöhnlich ruhig. Dabei hatte die UNESCO nach dem Austritt der USA eine Budgetkürzung um 25 Prozent zu verkraften. Der Voranschlag 1986/87 beträgt jetzt noch 266 Mio Dollar, etwas weniger als jenes der Stadt Bern. Das UNESCO-Sekretariat muss 200 Mitarbeiter entlassen.

Doch trotz lauten Kontroversen im Vorfeld der alle zwei Jahre stattfindenden Generalkonferenz erfolgte die Beschlussfassung über Programm- und Personalfragen in Sofia meistens einstimmig. Ein längeres Tauziehen gab es um den Beobachter-Status der USA und um die Beschneidung der UNESCO-Programme XII (Friedenserziehung/Abrüstungsforschung) und XIII (Kommunikation). In diesen Fällen hatte Grossbritannien fast ultimative Forderungen gestellt und teilweise durchgesetzt, um dann nach Abschluss der Konferenz doch noch dem Beispiel der USA zu folgen.

Zu einer Festschreibung des umstrittenen Menschenrechts auf Kommunikation – wie auf Nahrung, Wohnung oder Arbeit – kam es nicht. Und von der jahrelangen Debatte um eine neue Weltinformationsordnung – einer der Gründe für den Austritt der USA – blieb bloss die offizielle Anerkennung übrig, dass im Medienbereich die Kommunikationsmittel, Informationsflüsse und Möglichkeiten zur Durchsetzung nationaler Interessen sehr ungleich verteilt sind. Statt einem Aktionsprogramm wiederholte Sofia nur die Formel von einem «fortwährenden Entwicklungsprozess» auf diesem Gebiet. Dafür soll die Dritte Welt durch das UNESCO-Medienentwicklungsprogramm (Integrated Pro-

gramm for the Developpement of Communication/IPDC) vermehrt Technologie- und Ausbildungshilfe erhalten. Die Schweiz, bisher mit weniger als drei Millionen Franken beteiligt, ergatterte einen der 18 Sitze im IPDC-Verwaltungsrat. Grösste Beitragszahler sind hier Skandinavien, die UdSSR, Frankreich, Japan und die BRD. Gewichtiger als das IPDC-Programm sollen aber künftig pragmatisch orientierte ökologische Grossprogramme wie «Man and the Biosphere» werden.

Am Ende dieser unerwartet geräuschlosen Generalkonferenz sprachen Diplomaten von einem «Triumph von Sofia». Doch zumindest im Bereich Kommunikation ist rein nichts gelöst: Nach wie vor ist die Dritte Welt im Mediensektor völlig einseitig abhängig, technisch und wirtschaftlich ausgeliefert, kulturell gefährdet, meist verzerrt dargestellt und nahezu ausgeschlossen von jeder vernünftigen Selbstdarstellung. Auch nach Sofia werden vier Fünftel der Weltbevölkerung als untergeordnete Grösse im Informationsfluss behandelt. Die 1980 durch den MacBride-Report begründeten Postulate sind nach Sofia noch unerledigt: In 84 Empfehlungen kam hier eine gegenseitige, ausgewogene und demokratisch organisierte Informationsfreiheit in Sicht. Formuliert wurden etwa die Ziele des Ausgleichs und der Kooperation, des Medien-Zu-

Der Autor

Hans Ott (44), Theologe und Publizist, Zentralsekretär von «Brot für Brüder», gehört seit 1980 dem WACC-Zentralausschuss an. 1984–1986 präsidiert er die gemeinsame Kommission für die Koordination der Medienentwicklungsarbeit von WACC, dem Lutherischen Weltbund sowie des Ökumenischen Rates.



Sprecherin im Studio von Radio Veritas in Manila: Die katholische Radiostation versorgt den ganzen ostasiatischen Raum mit Informationen, die den Bedürfnissen von Entwicklungsländern gerecht zu werden versuchen.

gangs für alle und des Schutzes der Souveränität von Staaten, jedoch gleichauf mit Schutz und Informationsfreiheit für die Journalisten. Auch die Feststellung der Weltvereinigung für christliche Kommunikation (WACC) gilt nach Sofia noch – dass nämlich dem Projekt einer neuen internationalen Informations- und Kommunikationsordnung die tief christliche Frage nach der Gerechtigkeit zugrundeliegt, konkretisiert etwa im Konzept einer völkerrechtlich abgesicherten, öffentlichen Rahmenordnung statt bloss privatwirtschaftlicher Spielregeln.

Stimmt diese Diagnose der Situation nach Sofia, dann werden jetzt vor allem die nicht-

staatlichen Organisationen und Hilfswerke über die Bücher gehen müssen. Bisher schien es den Fach- und Hilfsorganisationen genug, das Projekt einer neuen Medienordnung vom Ufer aus zu begleiten, zu erläutern und zu begründen. Jetzt stellt sich die Frage nach einem aktiveren Engagement, nach neuen Ansatzpunkten und neuen Instrumenten.

Vor allem die Kirchen und ihre Hilfswerke sind dafür an sich recht gut gerüstet: Die WACC mit ökumenischer Trägerschaft und sehr gut qualifizierten Mitarbeitern, die Internationale Katholische Radio- und Fernsehvereinigung (UNDA), die Internationale Katholische Film- und AV-Organisation (OCIC), der «Catholic Media Council» (Aachen) sowie die Kommunikationskommission des Lutherischen Weltbundes (LWB) und andere kirchliche Organisationen und Hilfswerke ergeben zusammen ein Netz, das neben der Medienentwick-

lungshilfe auch medienpolitische Fragen auf internationaler Ebene angehen kann. Vorstellbar ist nach Sofia zum Beispiel die Überführung bestimmter Reformvorschläge des MacBride-Berichts (etwa zum Technologietransfer) in eine Konvention im Rahmen des UNO-Systems, wie dies als Lösungsmuster für arbeitsrechtliche Fragen ja längst eingespielt und nun sogar für ein so heikles Problem wie die Folter gelungen ist. Eine völkerrechtliche Basis könnten die beiden Menschenrechtspakete der UNO von 1966 abgeben, allerdings nicht ohne gründliche Aufarbeitung und politische Absicherung von aussichtsreichen Teillösungen. Dass das Thema Kommunikation inzwischen auf der Traktandenliste der UNO-Generalversammlung steht, weist womöglich bereits in diese Richtung.

Für die Medien-Fachorganisationen und Hilfswerke der Kirchen bedeutet diese Perspektive wahrscheinlich eine

Ohne Wirkung geblieben:

UNESCO-Gutachten der US-Finanzkontrolle

Im November 1984 durchleuchtete die offizielle Finanzkontrolle der amerikanischen Regierung («Controller General») das Management sowie die Personal-, Finanz- und Budgetpolitik der UNESCO. Zwar stellt der 153-Seiten-Bericht der US-Finanzkontrolle verschiedene Bereiche fest, «die Aufmerksamkeit erfordern», doch kann nach dieser Fachexpertise weder von «Chaos» noch von gravierenden administrativen Missständen gesprochen werden. Die konkreten Beanstandungen entsprechen vielmehr dem, was normalerweise auch bei der Überprüfung nationaler Verwaltungen anfällt. Dennoch traten die USA kurz nach Erscheinen dieses Berichts aus der UNESCO aus – u. a. mit Hinweis auf die Misswirtschaft in dieser Organisation.

Umlagerung ihrer Reserven an Sachverstand und Geld, verbunden mit einer strengen Überprüfung der bisherigen Medienentwicklungshilfe mit jährlich etwa 300 Projekten. Denn strategisch wichtige Vorhaben wie die unabhängige Nachrichtenagentur Inter Press Service (IPS) mit ihrem Süd/Nord-Verkehr müssten verbunden werden mit gezielter Lobby-Tätigkeit und künftig deutlicher den Vortritt haben vor einer Vielzahl weit verstreuter Einzelprojekte, aber auch vor der Förderung zentralisierender Technologie.

Wie steil der Weg zu einer solchen Neuorientierung sein wird, zeigte schon ein erstes gemeinsames Seminar von WACC, LWB und des Ökumenischen Rates zum Thema im vergangenen Oktober in Genf. Zwar stellt sich das Ziel für alle gleich dar: «Ausgehend von einem ganzheitlichen Kommunikationsverständnis soll den Menschen in der Dritten Welt zu Kommunikationsgerechtigkeit verholfen werden.» Doch nach

Sofia kommen fachlich höhere und politisch anspruchsvollere, womöglich auch einfach ungewohnte Aufgaben auf die Kirchen und ihre Fachorganisationen zu. Gerade weil sie aber nach Sofia zu den wenigen noch handlungsfähigen Gruppierungen im Ringen um eine neue internationale Medienordnung zählen, werden sie sich diesen Ansprüchen nicht entziehen können.

In der Schweiz engagieren sich «Brot für Brüder» – in Verbindung mit dem Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) und dem Missionsrat – und das «Fastenopfer» der Schweizer Katholiken – in Zusammenarbeit mit der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz (dem Zusammenschluss der katholischen Kantonalkirchen) und andere kirchlichen Hilfswerken – in der Medienentwicklungshilfe. Nach dem Urteil der Medienzeitschrift «Klartext» (5/1985) sorgen sie dafür, dass die Schweiz in diesem wichtigen Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nicht gerade ganz abseits steht:

«Die (offizielle) Schweiz kann sich nicht rühmen, bei der Medienentwicklungshilfe eine aktive Rolle zu spielen. Verbal waren Auberts Abgeordnete zwar allemal lautstark dabei, wenn West-Delegierte die Emanzipations-Forderungen der Entwicklungsländer mit Hilfeversprechen wegdiskutierten. Geht's aber ums Geld für die vordem hochgelobte Hilfe, hören Helvetiens UNESCO-Unterhändler weg.»

Nicht nur sie: Auch für die meisten privaten Schweizer Hilfswerke ist Medienhilfe an die Dritte Welt bestenfalls von zweitrangiger Bedeutung.

Löbliche Ausnahme: «Brot für Brüder» steckt jedes Jahr knapp 670 000 Franken in die Entwicklung eigenständiger Medien in der Dritten Welt. Die Beiträge

von «Brot für Brüder» decken beispielsweise Investitions- und Betriebskosten der Nachrichtenagentur All Africa Press Service und von Radiostationen in Indio-Gebieten Boliviens, des Zeitungsverlags Word Publishing in Papua-Neuguinea oder von Radio Siáran in Indonesien. Ebenso unterstützt des «Fastenopfer» gemeinsam mit der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz die Tätigkeit des katholischen Filmbüros (Ankauf von Filmen aus der Dritten Welt für die Bildungsarbeit) und gewährt Beiträge an Medienschaffende in Entwicklungsländern.

Just in solch kleinräumigen Medienprojekten lebt die Idee einer Neuen Welt-Informations- und Kommunikationsordnung weiter – sei es in Südafrika oder Südkorea, in Lateinamerika oder auf den Philippinen. Denn «mehr und mehr hat sich gezeigt, dass Entwicklung, Verwirklichung von Menschenrechten und Bedürfnisbefriedigung mit Kommunikation zu tun haben», wie der Schweizer Theologe Michael Traber, Direktor bei der WACC in London, betont. ■

Dokumentationsheft:

Mediendebatte International

«Information, Analyse, Kommentar» (so der Untertitel) bietet die entwicklungspolitische Ausgabe des Evangelischen Pressedienstes in der Bundesrepublik. Deswegen Nummer 22 vom November 1985 ist ganz der internationalen Kommunikationsdebatte gewidmet – mit Berichten, praktischen Beispielen und ausführlichem Dokumentationsteil, darunter auch die wichtigsten kirchlichen Stimmen. epd-Entwicklungspolitik 22/1985 ist zu beziehen beim Gemeinschaftswerk für evangelische Publizistik (GEP), Postfach 170361, D-6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 004969 – 71570.